

Bundesbürger wollen digital aufs Amt

- **Mehrheit erhofft sich Zeitersparnis und mehr Transparenz**
- **Berg: „Das digitale Amt hängt in der Warteschleife.“**

Berlin, 12. Juli 2019 - Online statt Behördenzimmer, einloggen statt Nummer ziehen: Die große Mehrheit der Bundesbürger wünscht sich eine digitale Verwaltung. Das ist das Ergebnis einer Umfrage im Auftrag des Digitalverbands Bitkom unter mehr als 1.000 Menschen ab 16 Jahren in Deutschland. So ist mehr als jeder Zweite (59 Prozent) der Meinung, dass die meisten Behördengänge problemlos online erledigt werden könnten. Zwei Drittel (68 Prozent) sagen sogar, digitale Behördengänge sparen Zeit. Und für gut die Hälfte (56 Prozent) auch Geld. Bei der digitalen Verwaltung hinkt Deutschland im europäischen Vergleich jedoch hinterher. Laut dem aktuellen Digital Economy and Society Index (DESI) der EU rangiert Deutschland auf Platz 24 und zählt damit zu den Schlusslichtern. „Das digitale Amt hängt in der Warteschleife. Smarte Lösungen und die notwendigen Mittel sind längst vorhanden – und trotzdem kommen wir nicht so richtig weiter“, sagt Bitkom-Präsident Achim Berg. „Viele Akteure haben sich die Digitalisierung der Verwaltung auf die Fahne geschrieben. Aber zu häufig arbeiten sie aneinander vorbei und tauschen sich auch nicht aus. Was wir brauchen, sind klare Verantwortlichkeiten und entschlossene Entscheider.“

Von einer digitalen Verwaltung erhoffen sich die Bürger vor allem mehr Transparenz. So stimmen acht von zehn Befragten (81 Prozent) der Aussage zu, dass es während der Bearbeitung von Anträgen möglich sein sollte, den aktuellen Stand und die voraussichtliche Dauer der Bearbeitung jederzeit online einsehen zu können. Drei Viertel (74 Prozent) finden, dass Ämter prinzipiell zu lange brauchen, um ihre Anliegen zu bearbeiten. Sieben von zehn Befragten sagen jeweils, dass es schwierig ist, kurzfristig einen Behördentermin zu bekommen (70 Prozent) und dass die Behörden in ihrem Umkreis überlastet wirken (73 Prozent). Aus Sicht vieler Bürger profitieren Behördenmitarbeiter ebenfalls vom digitalen Amt: Zwei Drittel (65 Prozent) sind der Meinung, es erleichtert die Arbeit in den Verwaltungen, wenn mehr Vorgänge online erledigt werden könnten.

OZG-Umsetzung und Portalverbund bis 2022 geplant

Die Bundesregierung will bis 2022 alle Verwaltungsdienstleistungen online anbieten. Mit dem Onlinezugangsgesetz und dem Portalverbund soll dies gelingen. Bitkom-Präsident Achim Berg: „Inzwischen haben wir den richtigen Weg eingeschlagen: Bei der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse wurden die Bedürfnisse der Nutzer lange Zeit zu wenig beachtet, das ändert sich mit dem Onlinezugangsgesetz. Dazu gehört auch ein einheitliches Login – ein Nutzerkonto, mit dem man vom polizeilichen Führungszeugnis bis zum Elterngeld alles an einem Ort und mit wenigen Klicks beantragen kann. Jetzt brauchen wir mehr Tempo, damit dieses Vorhaben bis 2022 auch praktisch umgesetzt wird.“

Smart Country Convention will Digitalisierung der Verwaltung beschleunigen

Um die Digitalisierung der Verwaltung geht es auch auf der Smart Country Convention, die vom 22. bis 24. Oktober 2019 in Berlin stattfindet. Im Fokus steht dabei u.a. die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Die dreitägige Smart Country Convention bringt alle relevanten Vertreter von Verwaltungen, Politik, Digitalwirtschaft, Verbänden und Wissenschaft zusammen. Sie ist eine Kombination aus Kongress, Workshops, Weiterbildungsveranstaltungen und Ausstellung. Dabei geht es sowohl um die digitale Verwaltung wie auch um die Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen in den Bereichen Energie, Mobilität, Sicherheit, Abfall, Wasser, Bildung, Gesundheit und Wohnen. Die Smart Country Convention richtet sich ebenso an den Bund wie an Vertreter von Ländern, Städten und Gemeinden. Weitere Informationen gibt es unter www.smartcountry.berlin.

Hinweis zur Methodik: Grundlage der Angaben ist eine Umfrage, die [Bitkom Research](#) im Auftrag des Bitkom durchgeführt hat. Dabei wurden 1.003 Personen ab 16 Jahren in Deutschland telefonisch befragt. Die Umfrage ist repräsentativ.

Kontakt

Andreas Streim

Pressesprecher

Telefon: +49 30 27576-112

E-Mail: a.streim@bitkom.org

Link zur Presseinformation auf der Webseite:

<https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Bundesbuenger-wollen-digital-aufs-Amt>